

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2022/200736]

**23. DEZEMBER 2021 — Erlass der Regierung zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise  
im Bereich der Kinderbetreuung (V)**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 31. März 2014 über die Kinderbetreuung, Artikel 7 Absätze 3 und 4, Artikel 8 § 3 Nummern 2 und 3, Artikel 9 Absatz 2 sowie Artikel 12 Absatz 2 Nummer 1;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter;

Aufgrund des Erlasses der Regierung vom 4. März 2021 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (IV);

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 16. Dezember 2021;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 16. Dezember 2021;

Aufgrund der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973, Artikel 3 § 1;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, dass die Dringlichkeit dadurch begründet ist, dass die Umsetzung der nationalen Impfstrategie finanzielle Folgen für die Dienstleister der Kinderbetreuung haben kann, die es zum Fortbestand derselben abzuwenden gilt; dass die aktuelle Entwicklung der Corona-Pandemie und die durch die Förderbehörde beschlossenen Dringlichkeitsmaßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus (COVID-19) zeitweise eine begrenzte Gruppengröße sowie das Prinzip der getrennten Kontaktblasen beinhalten, die verursachen, dass das Angebot der Kinderbetreuung u.a. aufgrund von nicht genügend genehmigter bzw. zur Verfügung stehender Räumlichkeiten und einer festgelegten Höchstanzahl gleichzeitig betreuter Kinder zusätzlich eingeschränkt wird, sodass die Verabschiedung des vorliegenden Erlasses keinen Aufschub mehr duldet;

Auf Vorschlag des für die Kinderbetreuung zuständigen Ministers;

Nach Beratung,

Beschließt:

**Artikel 1** - Artikel 1 des Erlasses der Regierung vom 4. März 2021 zur Abfederung der Auswirkungen der Corona-Krise im Bereich der Kinderbetreuung (IV) wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 3 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 4 wird eingefügt:

"4. Zentrum: das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen."

**Art. 2** - In Artikel 2 § 1 Absatz 3 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "Quarantäne" und den Punkt die Wortfolge "sowie der Tage, an denen sie ihre Tätigkeit zur Wahrnehmung der Termine zur Impfung gegen das Coronavirus (COVID-19) einstellen" eingefügt.

**Art. 3** - In Artikel 3 § 3 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "Quarantäne" und den Punkt die Wortfolge "sowie der Tage, an denen sie ihre Tätigkeit zur Wahrnehmung der Termine zur Impfung gegen das Coronavirus (COVID-19) einstellen" eingefügt.

**Art. 4** - In Artikel 4 § 1 Absatz 2 desselben Erlasses wird zwischen das Wort "Schließung" und den Punkt die Wortfolge "sowie der Tage, an denen das Tagesmütterhaus aufgrund der Wahrnehmung der Termine seiner Tagesmütter/-väter zur Impfung gegen das Coronavirus (COVID-19) über eine verminderte Aufnahmekapazität verfügt" eingefügt.

**Art. 5** - In Kapitel 3 desselben Erlasses wird folgender Artikel 5.1 eingefügt:

"Art. 5.1 - Ungeachtet der Artikel 38 Absatz 4, 44 § 1 und 2 Absatz 4, 60 § 2 Nummer 2, 61 Nummer 5, 108.1 § 1, 132 § 1, 139 Absatz 2 und 144 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung kann die Höchstanzahl der Kinder, die gleichzeitig betreut werden dürfen, überschritten werden, um flexibel auf kurzfristige Betreuungsanfragen zu reagieren, die in Folge der durch die Corona-Krise bedingten Quarantänemaßnahmen in anderen Betreuungsstrukturen bestehen, insofern sie bereits im Rahmen einer erteilten Anerkennung durch den Minister oder einer erteilten Zulassung durch den Tagesmütterdienst festgelegt wurde.

Ungeachtet des Artikels 132 § 2 desselben Erlasses entscheiden die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung über die unbegrenzte Höchstanzahl der Kinder, die die konventionierten Tagesmütter/-väter gleichzeitig betreuen dürfen, insofern eine Überschreitung der Höchstanzahl gemäß Absatz 1 notwendig ist."

**Art. 6** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 5.2 eingefügt:

"Art. 5.2 - Ungeachtet der Artikel 43 und 48 desselben Erlasses unterliegen die aufgrund der durch die Corona-Krise bedingten anwendbaren Corona-Maßnahmen genutzten zusätzlichen Räumlichkeiten, für die keine Genehmigung vorliegt, keiner vorherigen Genehmigungspflicht.

Sollten die Dienste der Kinderbetreuung gemäß Absatz 1 zusätzliche Räumlichkeiten nutzen, teilen sie dies dem Fachbereich unmittelbar schriftlich mit."

**Art. 7** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 5.3 eingefügt:

"Art. 5.3 - Ungeachtet der Artikel 43 und 48 desselben Erlasses unterliegt eine Änderung des Betreuungskonzepts aufgrund der durch die Corona-Krise bedingten anwendbaren Corona-Maßnahmen keiner vorherigen Genehmigungspflicht.

Sollten die Dienste der Kinderbetreuung gemäß Absatz 1 Änderungen ihres Betreuungskonzepts vornehmen, teilen sie dies dem Fachbereich unmittelbar schriftlich mit."

**Art. 8** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 5.4 eingefügt:

*"Art. 5.4 - Ungeachtet der Artikel 61 Nummer 5 und 133 § 1 Absatz 1 desselben Erlasses kann das maximale Betreuungskapital von 115 Tagen pro Monat unbegrenzt überschritten werden, um flexibel auf kurzfristige Betreuungsanfragen zu reagieren, die in Folge der durch die Corona-Krise bedingten Quarantänemaßnahmen in anderen Betreuungsstrukturen bestehen.*

Ungeachtet des Artikels 133 § 2 desselben Erlasses entscheiden die anerkannten Zentren für Kinderbetreuung über die unbegrenzte Ausdehnung des Betreuungskapitals, insofern diese Ausdehnung gemäß Absatz 1 notwendig ist."

**Art. 9** - In Artikel 6 desselben Erlasses wird die Wortfolge "des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung" durch die Wortfolge "desselben Erlasses" ersetzt.

**Art. 10** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 16.1 eingefügt:

*"Art. 16.1 - Ungeachtet der Artikel 19 § § 1 und 2 Absatz 1, 34 § 1 Absatz 3 und § 2 Absatz 4, 38 Absatz 1, 50 § § 1 bis 3 Absatz 1 und 52 Absatz 2 Nummer 5 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter kann die Höchstanzahl der Kinder, die die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter gleichzeitig betreuen dürfen, überschritten werden, um flexibel auf kurzfristige Betreuungsanfragen zu reagieren, die in Folge der durch die Corona-Krise bedingten Quarantänemaßnahmen in anderen Betreuungsstrukturen bestehen, insofern sie bereits im Rahmen einer erteilten Anerkennung durch den Minister festgelegt wurde.*

Zu diesem Zweck reichen die selbstständigen (Co-)Tagesmütter/-väter einen individuellen schriftlichen Antrag bei dem Zentrum ein. Das Zentrum erstellt innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt des vollständigen Antrags ein Gutachten, das es dem Minister übermittelt. Bei fehlendem Gutachten nach Ablauf dieser Frist gilt dieses als negativ.

Der Minister entscheidet innerhalb von 5 Tagen nach Erhalt des Gutachtens des Zentrums beziehungsweise nach Ablauf der in Absatz 2 genannten Frist über die Gewährung der Ausnahmegenehmigung und ihre Dauer. In Ermangelung einer fristgerechten Entscheidung gilt der Antrag als verweigert.

Der Fachbereich legt die Ausnahmegenehmigung der Anerkennungsakte der/des selbstständigen (Co-)Tagesmutter/-vaters bei."

**Art. 11** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 16.2 eingefügt:

*"Art. 16.2 - Ungeachtet des Artikels 20 desselben Erlasses kann das maximale Betreuungskapital von 115 Tagen pro Monat unbegrenzt überschritten werden, um flexibel auf kurzfristige Betreuungsanfragen zu reagieren, die in Folge der durch die Corona-Krise bedingten Quarantänemaßnahmen in anderen Betreuungsstrukturen bestehen."*

**Art. 12** - In Artikel 17 desselben Erlasses wird die Wortfolge "des Erlasses vom 22. Mai 2014 über die selbstständigen Tagesmütter/-väter" durch die Wortfolge "desselben Erlasses" ersetzt.

**Art. 13** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 17.1 eingefügt:

*"Art. 17.1 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen einer aufgrund von Artikel 202 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung genehmigten Konvention unterliegen die aufgrund der durch die Corona-Krise bedingten anwendbaren Corona-Maßnahmen genutzten zusätzlichen Räumlichkeiten, für die keine Genehmigung vorliegt, keiner vorherigen Genehmigungspflicht.*

Sollten die im Rahmen einer solchen Konvention anerkannten Tagesmütterhäuser gemäß Absatz 1 zusätzliche Räumlichkeiten nutzen, teilen sie dies dem Fachbereich unmittelbar schriftlich mit."

**Art. 14** - In denselben Erlass wird folgender Artikel 17.2 eingefügt:

*"Art. 17.2 - Ungeachtet aller anderslautenden Bestimmungen einer aufgrund von Artikel 202 des Erlasses der Regierung vom 22. Mai 2014 über die Dienste und andere Formen der Kinderbetreuung genehmigten Konvention unterliegt eine Änderung des Betreuungskonzepts aufgrund der durch die Corona-Krise bedingten anwendbaren Corona-Maßnahmen keiner vorherigen Genehmigungspflicht.*

Sollten die im Rahmen einer solchen Konvention anerkannten Tagesmütterhäuser gemäß Absatz 1 Änderungen ihres Betreuungskonzepts vornehmen, teilen sie dies dem Fachbereich unmittelbar schriftlich mit."

**Art. 15** - In Artikel 20 desselben Erlasses wird zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, folgender Absatz eingefügt:

"In Abweichung von Absatz 1 treten:

1. die Artikel 5.1, 5.4, 16.1 und 16.2 mit Wirkung vom 1. Oktober 2020 in Kraft;
2. die Artikel 5.2, 5.3, 17.1 und 17.2 mit Wirkung vom 1. Januar 2021 in Kraft."

**Art. 16** - Vorliegender Erlass tritt am Tage seiner Verabschiedung in Kraft, mit Ausnahme der Artikel 2 bis 4, die mit Wirkung vom 1. April 2021 in Kraft treten.

**Art. 17** - Der für die Kinderbetreuung zuständige Minister wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 23. Dezember 2021

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,  
Der Ministerpräsident,  
Minister für lokale Behörden und Finanzen  
O. PAASCH  
Die Ministerin für Bildung, Forschung und Erziehung  
L. KLINKENBERG

## TRADUCTION

## MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2022/200736]

**23 DECEMBRE 2021. — Arrêté du Gouvernement visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (V)**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 31 mars 2014 relatif à l'accueil d'enfants, l'article 7, alinéas 3 et 4, l'article 8, § 3, 2<sup>o</sup> et 3<sup>o</sup>, l'article 9, alinéa 2, ainsi que l'article 12, alinéa 2, 1<sup>o</sup>;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes;

Vu l'arrêté du Gouvernement du 4 mars 2021 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (IV);

Vu l'avis de l'Inspecteur des Finances, donné le 16 décembre 2021;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 16 décembre 2021;

Vu les lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973, l'article 3, § 1<sup>er</sup>;

Vu l'urgence;

Considérant que l'urgence est motivée par le fait que la mise en œuvre de la stratégie de vaccination nationale peut entraîner des répercussions financières pour les prestataires d'accueil d'enfants, qu'il convient de contrer afin d'assurer leur pérennité; que l'évolution actuelle de la pandémie de coronavirus et les mesures d'urgence adoptées par l'autorité fédérale en vue de contenir la propagation du coronavirus (COVID-19) comprennent, par intermittence, une taille de groupe limitée ainsi que le principe des bulles de contact séparées, ce qui a pour conséquence que l'offre en matière d'accueil d'enfants, entre autres, en raison de locaux autorisés insuffisants ou, selon le cas, pouvant être mis à disposition, ainsi que le nombre maximal fixé d'enfants accueillis simultanément sont réduits; de sorte que l'adoption du présent arrêté ne souffre aucun délai;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants;

Après délibération,

Arrête :

**Article 1<sup>er</sup>.** - À l'article 1<sup>er</sup> de l'arrêté du Gouvernement du 4 mars 2021 visant à atténuer les répercussions de la crise du coronavirus sur l'accueil d'enfants (IV), les modifications suivantes sont apportées :

1<sup>o</sup> dans le 3<sup>o</sup>, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2<sup>o</sup> l'alinéa est complété par un 4<sup>o</sup> rédigé comme suit :

« 4<sup>o</sup> centre : le centre pour le développement sain des enfants et des jeunes. »

**Art. 2.** - Dans l'article 2, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ainsi que le jour où ils suspendent leur activité pour pouvoir se rendre à leur rendez-vous de vaccination contre le coronavirus (COVID-19) ».

**Art. 3.** - Dans l'article 3, § 3, du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ainsi que le jour où ils suspendent leur activité pour pouvoir se rendre à leur rendez-vous de vaccination contre le coronavirus (COVID-19) ».

**Art. 4.** - Dans l'article 4, § 1<sup>er</sup>, alinéa 2, du même arrêté, la phrase est complétée par les mots « ainsi que le jour où ladite maison dispose d'une capacité d'accueil réduite en raison de l'absence de ses accueillants qui se rendent à leur rendez-vous de vaccination contre le coronavirus (COVID-19) ».

**Art. 5.** - Dans le chapitre 3 du même arrêté, il est inséré un article 5.1 rédigé comme suit :

« Art. 5.1 - Nonobstant les articles 38, alinéa 4, 44, § 1<sup>er</sup> et 2, alinéa 4, 60, § 2, 2<sup>o</sup>, 61, 5<sup>o</sup>, 108.1, § 1<sup>er</sup>, 132, § 1<sup>er</sup>, 139, alinéa 2, et 144 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, le nombre maximal d'enfants accueillis simultanément peut être dépassé afin de pouvoir réagir de manière flexible et à court terme aux demandes en matière d'accueil qui se présentent dans d'autres structures d'accueil à la suite des mesures de quarantaine dues à la crise du coronavirus, pour autant que ce nombre maximal ait déjà été fixé dans le cadre de l'agrégation délivrée par le Ministre ou de celle délivrée par le service d'accueillants d'enfants.

Nonobstant l'article 132, § 2, du même arrêté et pour autant qu'un dépassement du nombre maximal au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup> soit nécessaire, les centres d'accueil agréés statuent sur le nombre maximal illimité d'enfants qui peuvent être accueillis simultanément par des accueillants d'enfants conventionnés. »

**Art. 6.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.2 rédigé comme suit :

« Art. 5.2 - Nonobstant les articles 43 et 48 du même arrêté, les locaux supplémentaires utilisés en raison des mesures « Corona » applicables dues à la crise du coronavirus, pour lesquels aucune autorisation n'a été délivrée, ne sont pas soumis à une obligation d'autorisation préalable.

Si, conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les services d'accueil d'enfants doivent utiliser des locaux supplémentaires, ils en informent sans délai le département par écrit. »

**Art. 7.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.3 rédigé comme suit :

« Art. 5.3 - Nonobstant les articles 43 et 48 du même arrêté, les changements apportés au concept d'accueil en raison des mesures « Corona » applicables dues à la crise du coronavirus ne sont pas soumis à une obligation d'autorisation préalable.

Si, conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les services d'accueil d'enfants doivent apporter des changements à leur concept d'accueil, ils en informent sans délai le département par écrit. »

**Art. 8.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 5.4 rédigé comme suit :

« Art. 5.4 - Nonobstant l'article 61, 5°, et l'article 133, § 1<sup>er</sup>, alinéa 1<sup>er</sup>, du même arrêté, le capital garde maximal de 115 jours par mois peut être dépassé de manière illimitée afin de pouvoir réagir de manière flexible et à court terme aux demandes en matière d'accueil qui se présentent dans d'autres structures d'accueil à la suite des mesures de quarantaine dues à la crise du coronavirus.

Nonobstant l'article 133, § 2, du même arrêté et pour autant que l'élargissement au sens de l'alinéa 1<sup>er</sup> soit nécessaire, les centres d'accueil agréés statuent sur l'élargissement illimité du capital garde. »

**Art. 9.** - Dans l'article 6 du même arrêté, les mots « de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants » sont remplacés par les mots « du même arrêté ».

**Art. 10.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 16.1 rédigé comme suit :

« Art. 16.1 - Nonobstant les articles 19, § 1<sup>er</sup> et 2, alinéa 1<sup>er</sup>, 34, § 1<sup>er</sup>, alinéa 3, et § 2, alinéa 4, 38, alinéa 1<sup>er</sup>, 50, § 1<sup>er</sup> à 3, alinéa 1<sup>er</sup>, et 52, alinéa 2, 5°, de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes, le nombre maximal d'enfants pouvant être accueillis simultanément par les accueillants et co-accueillants autonomes peut être dépassé afin de pouvoir réagir de manière flexible et à court terme aux demandes en matière d'accueil qui se présentent dans d'autres structures d'accueil à la suite des mesures de quarantaine dues à la crise du coronavirus, pour autant que ce nombre maximal ait déjà été fixé dans le cadre de l'agrégation délivrée par le Ministre.

À cette fin, les accueillants et co-accueillants autonomes introduisent une demande individuelle par écrit auprès du centre. Dans les cinq jours suivant la réception de la demande complète, le centre établit un avis qu'il transmet au ministre. À défaut d'avis au terme de ce délai, celui-ci est réputé négatif.

Dans les cinq jours suivant la réception de l'avis rendu par le centre ou au terme du délai mentionné à l'alinéa 2, le ministre statue sur l'octroi de la dérogation et sa durée. À défaut de décision dans le délai imparti, la demande est censée être rejetée.

Le département joint la dérogation au dossier d'agrégation de l'accueillant autonome ou du co-accueillant autonome. »

**Art. 11.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 16.2 rédigé comme suit :

« Art. 16.2 - Nonobstant l'article 20 du même arrêté, le capital garde maximal de 115 jours par mois peut être dépassé de manière illimitée afin de pouvoir réagir de manière flexible et à court terme aux demandes en matière d'accueil qui se présentent dans d'autres structures d'accueil à la suite des mesures de quarantaine dues à la crise du coronavirus. »

**Art. 12.** - Dans l'article 17 du même arrêté, les mots « de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux accueillants autonomes » sont remplacés par les mots « du même arrêté ».

**Art. 13.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 17.1 rédigé comme suit :

« Art. 17.1 - Nonobstant toute disposition contraire à une convention autorisée en vertu de l'article 202 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les locaux supplémentaires utilisés en raison des mesures « Corona » applicables dues à la crise du coronavirus, pour lesquels aucune autorisation n'a été délivrée, ne sont pas soumis à une obligation d'autorisation préalable.

Si, conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants agréées dans le cadre d'une telle convention doivent utiliser des locaux supplémentaires, elles en informent sans délai le département par écrit. »

**Art. 14.** - Dans le même arrêté, il est inséré un article 17.2 rédigé comme suit :

« Art. 17.2 - Nonobstant toute disposition contraire à une convention autorisée en vertu de l'article 202 de l'arrêté du Gouvernement du 22 mai 2014 relatif aux services et autres formes d'accueil d'enfants, les changements apportés au concept d'accueil en raison des mesures « Corona » applicables dues à la crise du coronavirus ne sont pas soumis à une obligation d'autorisation préalable.

Si, conformément à l'alinéa 1<sup>er</sup>, les maisons d'accueillants d'enfants agréées dans le cadre d'une telle convention doivent apporter des changements à leur concept d'accueil, ils en informent sans délai le département par écrit. »

**Art. 15.** - Dans l'article 20 du même arrêté, un alinéa rédigé comme suit est inséré entre les alinéas 1<sup>er</sup> et 2, qui devient l'alinéa 3 :

« Par dérogation à l'alinéa 1<sup>er</sup> :

1° les articles 5.1, 5.4, 16.1 et 16.2 produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> octobre 2020;

2° les articles 5.2, 5.3, 17.1 et 17.2 produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> janvier 2021. »

**Art. 16.** - Le présent arrêté entre en vigueur le jour de son adoption, à l'exception des articles 2 à 4, lesquels produisent leurs effets le 1<sup>er</sup> avril 2021.

**Art. 17.** - Le Ministre compétent en matière d'Accueil d'enfants est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 23 décembre 2021.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président,

Ministre des Pouvoirs locaux et des Finances

O. PAASCH

La Ministre de l'Éducation  
et de la Recherche scientifique

L. KLINKENBERG

## VERTALING

## MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2022/200736]

**23 DECEMBER 2021. — Besluit van de Regering tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (V)**

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 31 maart 2014 betreffende de kinderopvang, artikel 7, derde en vierde lid, artikel 8, § 3, 2° en 3°, artikel 9, tweede lid, en artikel 12, tweede lid, 1°;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang;

Gelet op het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders;

Gelet op het besluit van de Regering van 4 maart 2021 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (IV);

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 16 december 2021;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 16 december 2021;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, artikel 3, § 1;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat de dringende noodzakelijkheid wordt gewettigd door het feit dat de uitvoering van de nationale vaccinatiestrategie financiële gevolgen kan hebben voor de dienstverrichters in de kinderopvang; dat die financiële gevolgen moeten worden afgewend om het voortbestaan van die dienstverrichters te verzekeren; overwegende dat de huidige ontwikkeling van de coronapandemie en de dringende maatregelen die de federale overheid heeft genomen om de verspreiding van het coronavirus (COVID-19) in te dammen tot gevolg hebben dat de groepen in de kinderopvang tijdelijk verkleind worden en in afzonderlijke contactbubbel worden ingedeeld, waardoor het aanbod nog meer wordt ingeperkt, onder meer op grond van het ontoereikend aantal toegestane en/of ter beschikking staande ruimten en op grond van het vastgestelde maximumaantal kinderen dat tegelijk mag worden opgevangen; dat dit besluit dus zo snel mogelijk moet worden aangenomen;

Op de voordracht van de minister die bevoegd is voor de kinderopvang;

Na beraadslaging,

Besluit :

**Artikel 1.** - In artikel 1 van het besluit van de Regering van 4 maart 2021 tot beperking van de negatieve gevolgen van de coronacrisis voor de kinderopvang (IV) worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 3° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een puntkomma;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

"4° centrum: het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren."

**Art. 2.** - Artikel 2, § 1, derde lid, van hetzelfde besluit wordt na het woord "quarantaine" aangevuld met de woorden ", alsook de dagen waarop ze hun activiteit stopzetten om hun vaccinatie-afspraken waar te nemen om zich tegen het coronavirus (COVID-19) te laten inenten".

**Art. 3.** - Artikel 3, § 3, van hetzelfde besluit wordt na het woord "quarantaine" aangevuld met de woorden ", alsook de dagen waarop ze hun activiteit stopzetten om hun vaccinatie-afspraken waar te nemen om zich tegen het coronavirus (COVID-19) te laten inenten".

**Art. 4.** - Artikel 4, § 1, tweede lid, van hetzelfde besluit wordt na het woord "sluiting" aangevuld met de woorden "alsook de dagen waarop het onthaalouderhuis een verminderde opnamecapaciteit heeft doordat de onthaalouders hun vaccinatie-afspraken waarnemen om zich tegen het coronavirus (COVID-19) te laten inenten".

**Art. 5.** - In hoofdstuk 3 van hetzelfde besluit wordt een artikel 5.1 ingevoegd, luidende :

"Art. 5.1 - Ongeacht artikel 38, vierde lid, artikel 44, § 1 en 2, vierde lid, artikel 60, § 2, 2°, artikel 61, 5°, artikel 108.1, § 1, artikel 132, § 1, artikel 139, tweede lid, en artikel 144 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang kan het maximale aantal kinderen dat gelijktijdig mag worden opgevangen, overschreden worden om flexibel te kunnen inspelen op opvanganvragen die op korte termijn in andere opvangstructuren bestaan als gevolg van de quarantainemaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden, voor zover dat maximale aantal reeds in het kader van een erkenning door de Minister of in het kader van een toelating door de dienst voor onthaalouders werd vastgelegd.

Ongeacht artikel 132, § 2, van hetzelfde besluit beslissen de erkende centra voor kinderopvang over het onbegrensde maximale aantal kinderen dat aangesloten onthaalouders tegelijk mogen opvangen, voor zover een overschrijding van het maximale aantal kinderen overeenkomstig het eerste lid noodzakelijk is."

**Art. 6.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 5.2 ingevoegd, luidende :

"Art. 5.2 - Ongeacht de artikelen 43 en 48 van hetzelfde besluit is geen voorafgaande vergunning nodig voor niet-vergunde aanvullende ruimten die toch worden gebruikt als gevolg van de coronamaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden.

Als de diensten voor kinderopvang overeenkomstig het eerste lid aanvullende ruimten gebruiken, delen ze dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het departement."

**Art. 7.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 5.3 ingevoegd, luidende :

"Art. 5.3 - Ongeacht de artikelen 43 en 48 van hetzelfde besluit is geen voorafgaande vergunning nodig als het opvangconcept wordt gewijzigd op grond van de coronamaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden.

Als de diensten voor kinderopvang overeenkomstig het eerste lid hun opvangconcept wijzigen, delen ze dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het departement."

**Art. 8.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 5.4 ingevoegd, luidende :

*"Art. 5.4 - Ongeacht artikel 61, 5°, en artikel 133, § 1, eerste lid, van hetzelfde besluit, kan het maximale opvangkapitaal van 115 dagen per maand onbeperkt worden overschreden om flexibel te kunnen inspelen op opvanganvragen die op korte termijn in andere opvangstructuren bestaan als gevolg van de quarantainemaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden.*

Ongeacht artikel 133, § 2, van hetzelfde besluit beslissen de erkende centra voor kinderopvang over de onbegrensde uitbreiding van het opvangkapitaal, voor zover die uitbreiding overeenkomstig het eerste lid noodzakelijk is."

**Art. 9.** - In artikel 6 van hetzelfde besluit worden de woorden "van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang" vervangen door de woorden "van hetzelfde besluit".

**Art. 10.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 16.1 ingevoegd, luidende :

*"Art. 16.1 - Ongeacht artikel 19, § § 1 en 2, eerste lid, artikel 34, § 1, derde lid, en § 2, vierde lid, artikel 38, eerste lid, artikel 50, § § 1 tot 3, eerste lid, en artikel 52, tweede lid, 5°, van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders kan het maximale aantal kinderen dat zelfstandige (mede-)onthaalouders tegelijk mogen opvangen, overschreden worden om flexibel te kunnen inspelen op opvanganvragen die op korte termijn in andere opvangstructuren bestaan als gevolg van de quarantainemaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden, voor zover dat maximale aantal reeds in het kader van een erkenning door de Minister werd vastgelegd.*

Daartoe dienen de zelfstandige (mede-)onthaalouders een individuele schriftelijke aanvraag bij het centrum in. Binnen vijf dagen, te rekenen vanaf de ontvangst van de volledige aanvraag, stelt het centrum een advies op en zendt het over aan de Minister. Indien binnen die termijn geen advies wordt verstrekt, wordt dit beschouwd als een negatief advies.

Binnen vijf dagen na ontvangst van het advies van het centrum, respectievelijk na het verstrijken van de in het tweede lid vermelde termijn, beslist de Minister of de afwijking wordt toegestaan en voor hoelang. Indien binnen de gestelde termijn geen beslissing is genomen, geldt de aanvraag als geweigerd.

Het departement voegt de afwijking toe aan het erkenningsdossier van de zelfstandige (mede-)onthalouder."

**Art. 11.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 16.2 ingevoegd, luidende :

*"Art. 16.2 - Ongeacht artikel 20 van hetzelfde besluit kan het maximale opvangkapitaal van 115 dagen per maand onbeperkt worden overschreden om flexibel te kunnen inspelen op opvanganvragen die op korte termijn in andere opvangstructuren bestaan als gevolg van de quarantainemaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden."*

**Art. 12.** - In artikel 17 van hetzelfde besluit worden de woorden "van het besluit van 22 mei 2014 betreffende de zelfstandige onthaalouders" vervangen door de woorden "van hetzelfde besluit".

**Art. 13.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 17.1 ingevoegd, luidende :

*"Art. 17.1 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van een overeenkomst die krachtens artikel 202 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang is goedgekeurd, is geen voorafgaande vergunning nodig voor niet-vergunde aanvullende ruimten die toch worden gebruikt als gevolg van de coronamaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden.*

Als de onthaalouderhuizen die in het kader van zo'n overeenkomst zijn erkend, overeenkomstig het eerste lid aanvullende ruimten gebruiken, delen ze dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het departement."

**Art. 14.** - In hetzelfde besluit wordt een artikel 17.2 ingevoegd, luidende :

*"Art. 17.2 - Ongeacht alle andersluidende bepalingen van een overeenkomst die krachtens artikel 202 van het besluit van de Regering van 22 mei 2014 betreffende kinderopvangdiensten en andere vormen van kinderopvang is goedgekeurd, is geen voorafgaande vergunning nodig als het opvangconcept wordt gewijzigd op grond van de coronamaatregelen die afhankelijk van de coronacrisis gelden.*

Als de onthaalouderhuizen die in het kader van zo'n overeenkomst zijn erkend, overeenkomstig het eerste lid hun opvangconcept wijzigen, delen ze dit onmiddellijk schriftelijk mee aan het departement."

**Art. 15.** - In artikel 20 van hetzelfde besluit wordt tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, een lid ingevoegd, luidende :

"In afwijking van het eerste lid hebben :

1° de artikelen 5.1, 5.4, 16.1 en 16.2 uitwerking met ingang van 1 oktober 2020;

2° de artikelen 5.2, 5.3, 17.1 en 17.2 uitwerking met ingang van 1 januari 2021."

**Art. 16.** - Dit besluit treedt in werking op de dag dat het wordt aangenomen, met uitzondering van de artikelen 2 tot 4, die uitwerking hebben met ingang van 1 april 2021.

**Art. 17.** - De minister die bevoegd is voor de kinderopvang is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 23 december 2021.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap,  
De Minister-President,

Minister van Lokale Besturen en Financiën

O. PAASCH

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

L. KLINKENBERG